

Wie steht es um das Vertrauen in die Demokratie in Deutschland?

Jochen Dahm • Alina Fuchs

Die Demokratie ist in Deutschland populär. Zumindest als Idee – das bestätigen Umfragen regelmäßig. Aber wie zufrieden sind die Deutschen mit dem Funktionieren der Demokratie? Wo sehen sie Schwächen und Verbesserungspotenziale? Wie blicken sie auf Demokratie und Gesellschaft? Wie bewerten sie einzelne Reformvorschläge zur Demokratie?

Antworten auf diese Fragen haben wir als Friedrich-Ebert-Stiftung 2019 erstmals in einer großen empirischen Studie erhoben; unserer Vertrauensstudie. Ein besorgniserregendes Ergebnis lautete: Weniger als die Hälfte der Befragten war 2019 mit dem Funktionieren der Demokratie zufrieden.

Heute stehen wir in einer veränderten Weltlage. Pandemie, Krieg, Klimakrise, Inflation – im Kontext dieser vielfachen Krisen haben wir die Deutschen im Spätsommer 2022 erneut befragt. Wir wollten wissen, wie sich das Urteil der Bürger_innen über die Demokratie in Deutschland im Umfeld der vielfältigen Krisen der letzten Jahre verändert hat. Kurz: Wie steht es um das Demokratievertrauen in Krisenzeiten?

Die erfreuliche Nachricht: Die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie stabil. Anders als vielleicht zu befürchten gewesen wäre, ist die Zufriedenheit sogar leicht angestiegen.

Es gibt allerdings vier große Aber, die weiterhin Anlass zur Sorge geben.

Erstens: Das Niveau der Zufriedenheit ist weiter sehr gering.

Es sind immer noch weniger als die Hälfte der Befragten die sehr zufrieden oder zufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie sind.

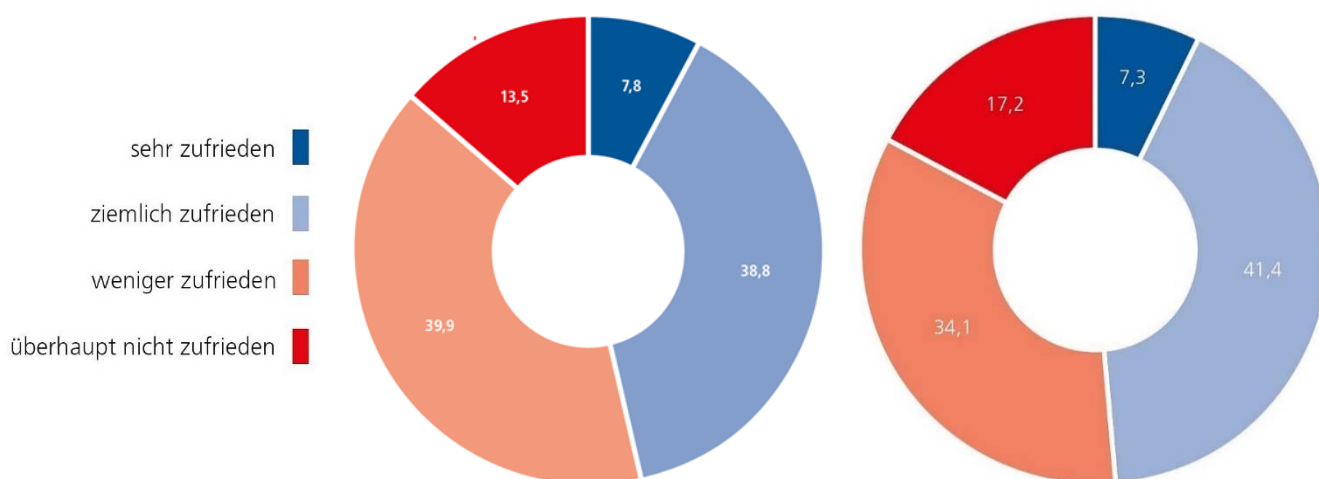


Abbildung 1: Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie (in %),
Quelle: Umfrage FES/Universität Bonn 2019 (links) 2022 (rechts)

Zweitens: Es gibt große Unterschiede zwischen einzelnen sozialen Gruppen.

Menschen, denen es ökonomisch schlechter geht, die niedrigere Bildungsabschlüsse haben oder sich der Unter- oder Arbeiter_innenschicht zurechnen, sind deutlich unzufriedener. Auch Jüngere sind weniger zufrieden als 2019.

DEMOKRAZUFRIEDENHEIT nach subjektiver Schichtzuordnung (in %)

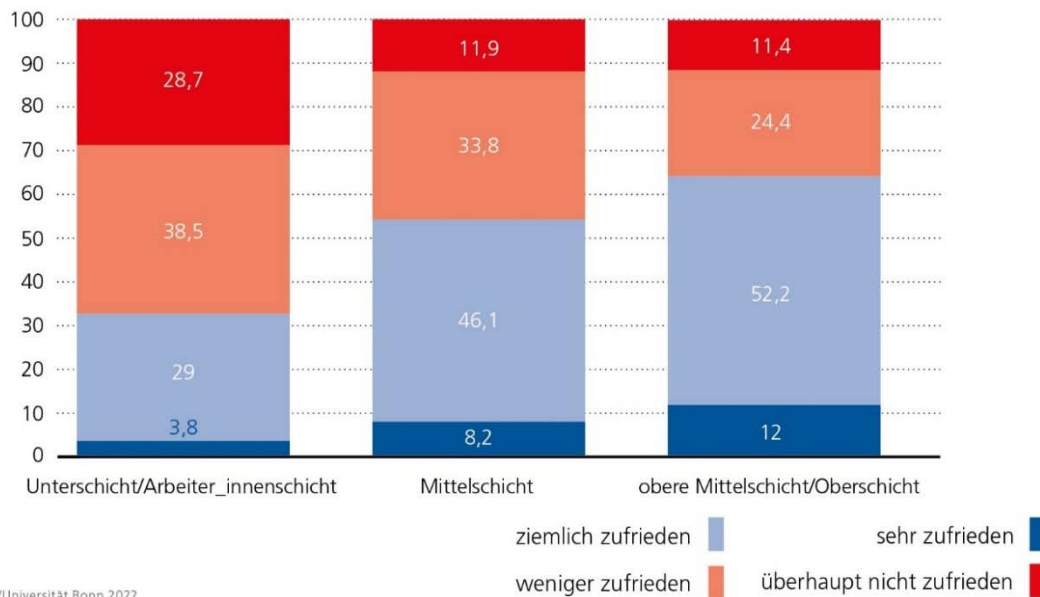


Abbildung 2: Demokratiezufriedenheit nach subjektiver Schichtzuordnung (in %),
Quelle: Umfrage FES/Universität Bonn 2022

DEMOKRAZUFRIEDENHEIT nach Bildungsgrad (in %)

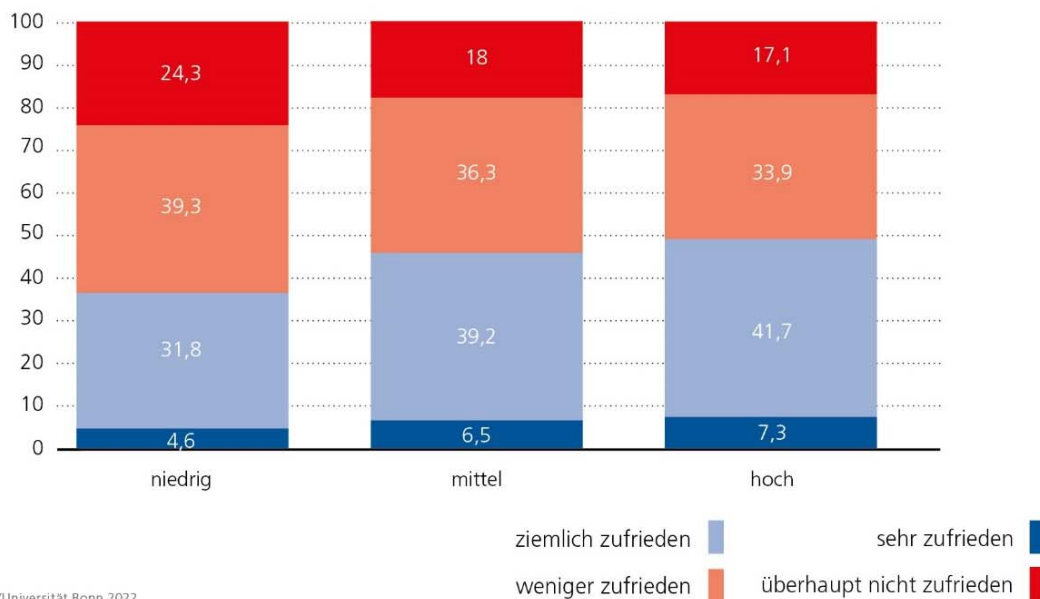
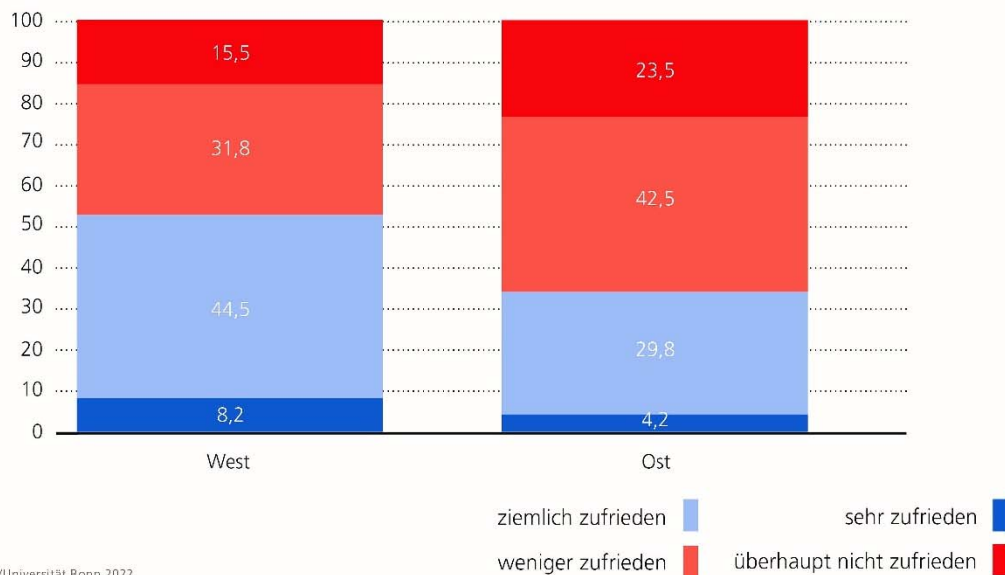


Abbildung 3: Demokratiezufriedenheit nach Bildungsgrad (in %),
Quelle: Umfrage FES/Universität Bonn 2022

Drittens: Es gibt große regionale Unterschiede.

Sie haben sie gegenüber 2019 sogar noch einmal verschärft. So ist etwa die Zufriedenheit im Westen um 2,5 Prozentpunkte gestiegen und hat im Osten um 2,5 Punkte abgenommen. In den alten Bundesländern ist nun ungefähr die Hälfte, in den neuen Bundesländern nur noch ein Drittel der Menschen mit dem Funktionieren der Demokratie zufrieden.

DEMOKRAZIEZUFRIEDENHEIT Ost / West (in %)



n = 2.494

Quelle: Umfrage FES/Universität Bonn 2022

Abbildung 4: Demokratiezufriedenheit Ost / West (in %),

Quelle: Umfrage FES/Universität Bonn 2022

Hohe Komplexität

Das sind Alarmsignale, die nicht ungehört bleiben dürfen. Demokratie muss für alle Menschen funktionieren. Dass das in Zeiten multipler Krisen nicht einfacher geworden ist, sehen auch die Befragten so. Mehr als drei von vier Befragten geben an, dass politische Probleme heute so kompliziert scheinen, dass sie schwer zu durchschauen sind. Gleichzeitig wünschen sich die Menschen mehr Beteiligungsmöglichkeiten.

POLITISCHE (SELBST-)WIRKSAMKEIT (in %)

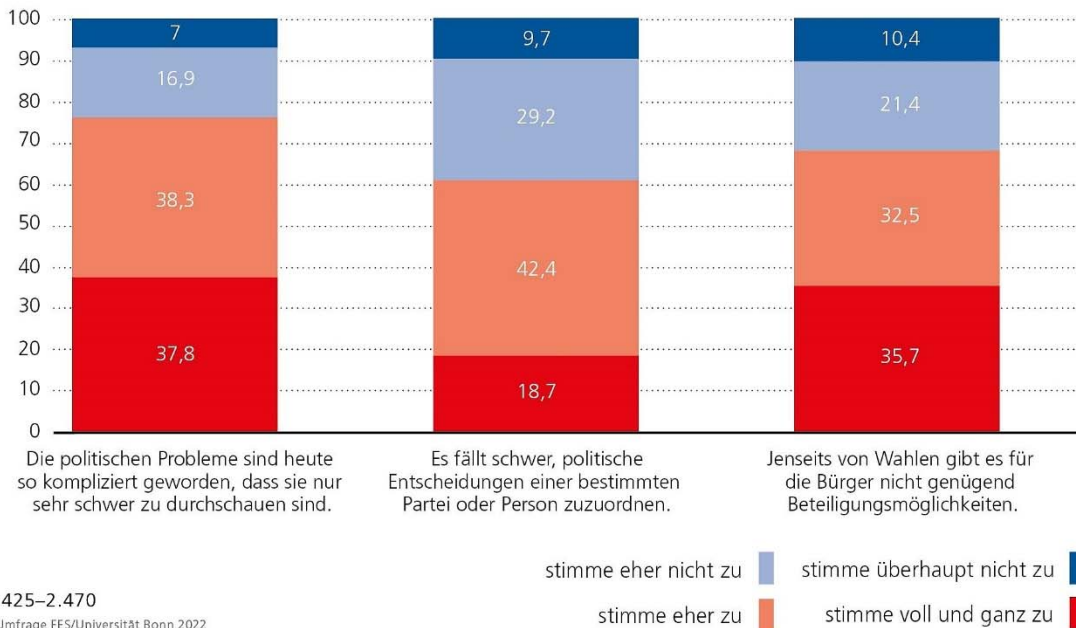


Abbildung 5: Politische (Selbst-)Wirksamkeit (in %),
Quelle: Umfrage FES/Universität Bonn 2022

Sehnsucht nach Einfachheit

Parallel dazu scheint die Sehnsucht nach Einfachheit und vermeintlich klaren Antworten zu wachsen. Der Anteil derjenigen, die politische Entscheidungen Expert_innen überlassen wollen oder auf Ja/Nein-Entscheidungen in Volksabstimmungen setzen, ist deutlich gestiegen. Paradoxerweise werden beide Modelle gerade von denjenigen überproportional präferiert, die angeben, sich nicht für Politik zu interessieren.

BESTES REGIERUNGSMODELL Expertokratie-Item: Experten im jeweiligen Themenbereich (in %)

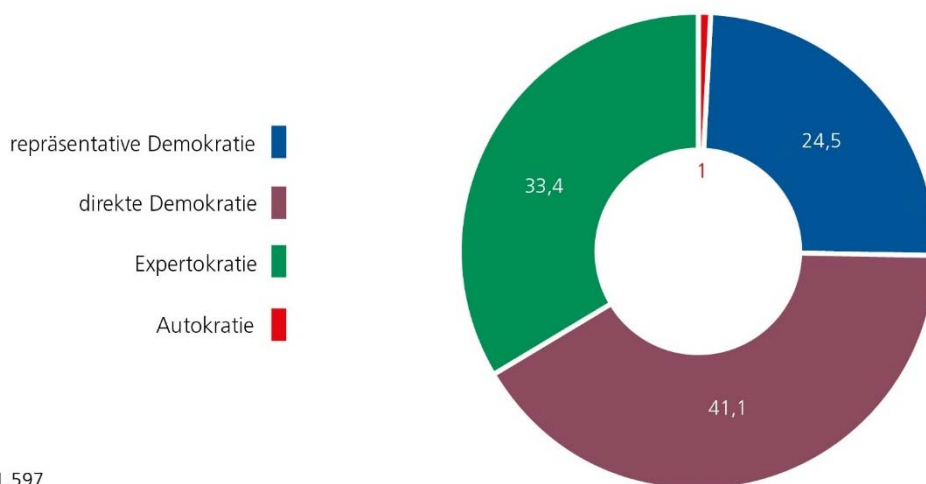


Abbildung 6: Bestes Regierungsmodell Expertokratie-Item: Experten im jeweiligen Themenbereich (in %),
Quelle: Umfrage FES/Universität Bonn 2022

Demokratische Innovationen

Die repräsentative Demokratie steht hier vor der Aufgabe, ihre Stärken – einen fairen Interessenausgleich und die Organisation von gesellschaftlichem Zusammenhalt – besser zur Geltung zu bringen und sich in diesem Sinne zu erneuern.

Demokratische Innovationen können hierzu einen Beitrag leisten: Instrumente wie ein beratender Bürger_innenrat oder ein legislativer »Fußabdruck« erhalten von den Befragten hohe Zustimmungswerte.

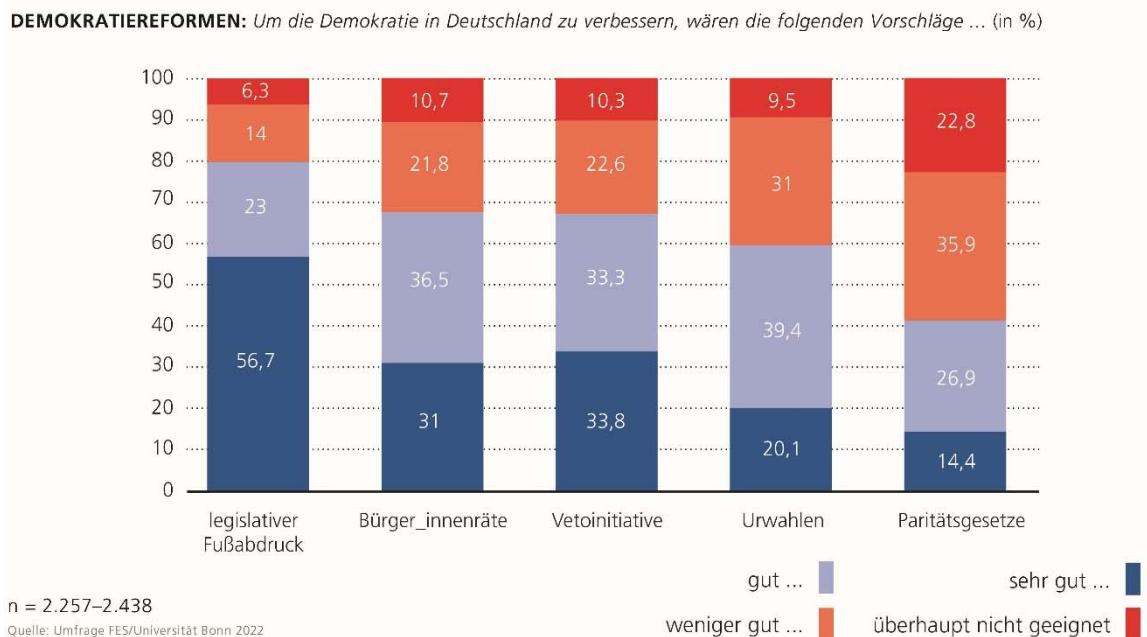


Abbildung 7: Demokratiereformen: Um die Demokratie zu verbessern, wären die folgenden Vorschläge ... (in %),
Quelle: Umfrage FES/Universität Bonn 2022

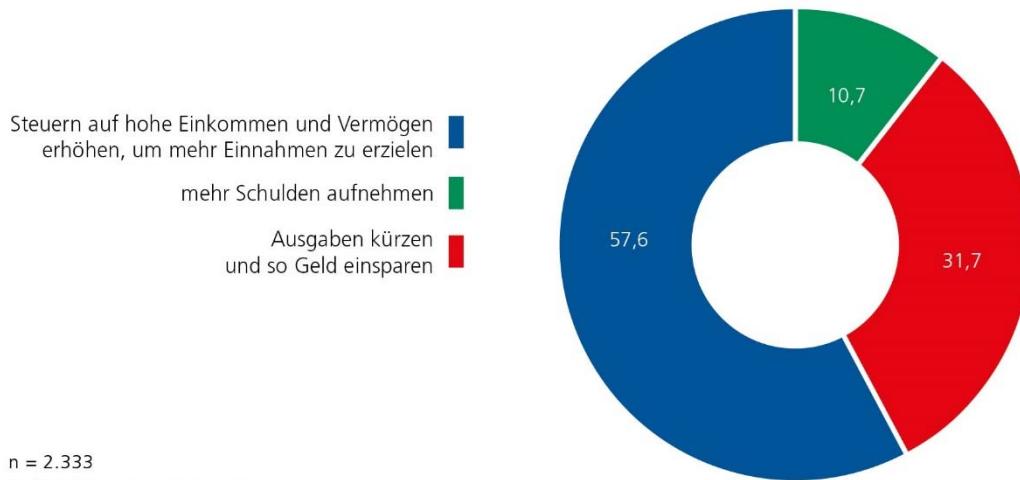
Soziale Demokratie

Das Vertrauen in die Demokratie hängt aber nicht nur vom »Wie« der Entscheidungsfindung ab, es wird auch stark von der Wahrnehmung der Politikergebnisse beeinflusst.

Fast immer sind diejenigen, denen es materiell gut geht, zufriedener und diejenigen, die finanziell unter Druck stehen, unzufriedener. Es liegt entsprechend nahe, dass eine Politik, die auf mehr Verteilungsgerechtigkeit und sozialen Ausgleich setzt, das Vertrauen in die Demokratie wieder steigern kann.

Befragungsergebnisse in unserer Studie – etwa zur Frage, wie Zukunftsausgaben finanziert werden können – deuten ebenfalls in diese Richtung. Eine deutliche Mehrheit spricht sich beispielsweise für höhere Steuern auf hohe Einkommen und Vermögen aus. Das macht deutlich: Eine gerechte Verteilungspolitik ist auch gute Demokratiepoltik. Eine wirkliche Demokratie kann nur eine Soziale Demokratie sein.

FINANZIERUNG NOTWENDIGER ZUSÄTZLICHER STAATSAUFGABEN (in %)



n = 2.333

Quelle: Umfrage FES/Universität Bonn 2022

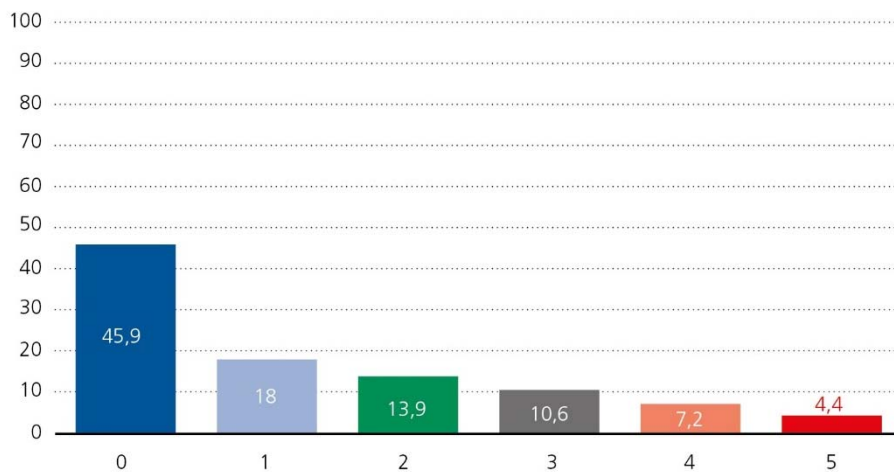
Abbildung 8: Finanzierung notwendiger zusätzlicher Staatsaufgaben (in %),

Quelle: Umfrage FES/Universität Bonn 2022

Gefahr: Verschwörungserzählungen

Eine weitere Gefahr für unsere Demokratie lässt sich aus unserer Studie ablesen: Verschwörungserzählungen finden gerade im rechten politischen Spektrum relativ hohe Zustimmung, was fast immer mit einer negativen Bewertung der Demokratie korreliert.

VERSCHWÖRUNGSGLAUBE: Wer glaubt an wie viele der abgefragten Verschwörungserzählungen? (in %)



n = 2.204

Quelle: Umfrage FES/Universität Bonn 2022

Abbildung 9: Verschwörungsglaube: Wer glaubt an wie viele der abgefragten Verschwörungserzählungen? (in %),

Quelle: Umfrage FES/Universität Bonn 2022

VERSCHWÖRUNGSGLAUBEN EINZELITEMS (in %)

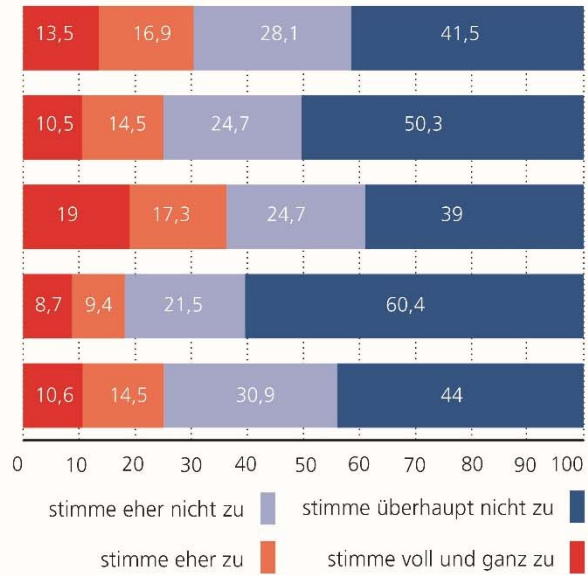
Die westliche Welt hat sich gegen Russland und Putin verschworen, um die eigene Macht auszubauen.

Die herrschenden Eliten verfolgen das Ziel, das deutsche Volk durch Einwanderer auszutauschen.

Die Regierung hat die Bevölkerung in der Coronakrise gezielt in Angst versetzt, um massive Grundrechtseinschränkungen durchzusetzen.

Das Coronavirus ist eine Biowaffe, die absichtlich entwickelt wurde, um Menschen zu schaden.

Wissenschaftler übertreiben die Risiken des Klimawandels mit Absicht, um mehr Geld und Anerkennung für ihre Forschung zu erhalten.



n = 2.364–2.454

Quelle: Umfrage FES/Universität Bonn 2022

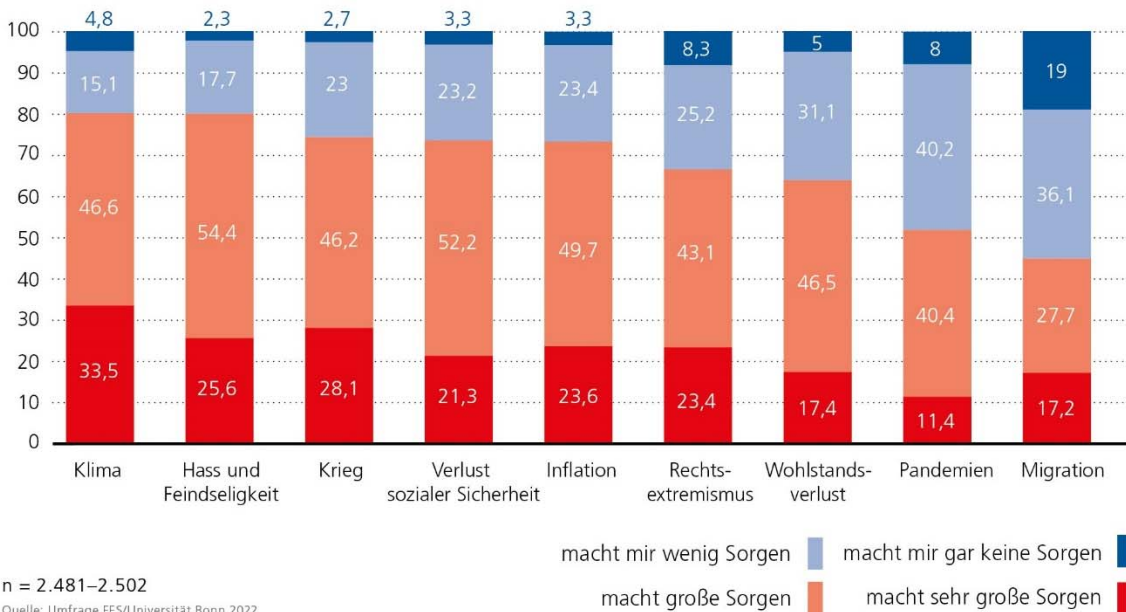
Abbildung 10: Verschwörungsglauben Einzelitems (in %),

Quelle: Umfrage FES/Universität Bonn 2022

Radikalisierung als Gefahr

Die Radikalisierung bestimmter Teile der Gesellschaft birgt eine Gefahr für den Zusammenhalt und letztendlich auch für die Demokratie, so wird das auch von den Befragten gesehen. Über mehr Feindseligkeit in der Gesellschaft sorgen sich 80 Prozent, mehr als zwei Drittel befürchten eine weitere Zunahme des Rechtsextremismus.

ZUKUNFTSSORGEN: Sorgen bereitende gesellschaftliche Entwicklungen (in %)



n = 2.481–2.502

Quelle: Umfrage FES/Universität Bonn 2022

Abbildung 11: Zukunftssorgen: Sorgen bereitende gesellschaftliche Entwicklungen (in %),

Quelle: Umfrage FES/Universität Bonn 2022

Ein Themenkomplex, den die neue »Mitte-Studie« der Friedrich-Ebert-Stiftung, die am 21. September 2023 erschienen ist, weiter ausleuchtet.

Krise der Demokratie?

Demokratie ist kein Selbstläufer. Sie war weder immer da noch, noch bleibt sie von allein. Sie muss immer wieder erneuert, verteidigt und gelebt werden. Wie darüber kann und muss konstruktiv gestritten werden.

Wir wollen mit unseren Studien Arbeit ein Fundament für eine solche Diskussion schaffen. Eine Basis auf der wir gemeinsam unsere Demokratie gestalten können, verbessern und verteidigen.

Unsere Antwort auf die Frage, ob sich die Demokratie in Deutschland in einer Krise befindet lautet: Nein, die Demokratie in Deutschland ist robust. Sie muss sich derzeit in vielen und ungewöhnlichen Krisen bewähren. Das hat sie besser getan, als viele ihr das zugetraut hätten.

Aber klar ist auch: Gleiche Teilhabe für alle zu ermöglichen, in politischer und sozialer Hinsicht – dieses Ziel Sozialer Demokratie ist ungebrochen aktuell, aktueller denn je. Dies unter schwierigen Rahmenbedingungen immer wieder zu erneuern und mit Leben zu füllen, ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Es bedarf der gemeinsamen Anstrengung von Politik, demokratischer Zivilgesellschaft, Medien und politischer Bildung.

Wir befinden uns in keiner Krise, aber wir sollten auch nicht in eine hineingeraten. Dafür braucht es Verbesserungen bei der Art der Entscheidungsfindung und bei den Entscheidungen selbst; anders gesagt beim Input und Output des politischen Systems.

Zu einer Debatte, wie diese Verbesserungen aussehen könnten, wollen wir fünf Thesen beisteuern – ohne Anspruch auf Vollständigkeit.

1. Mehr Transparenz schaffen – im doppelten Sinne

Die repräsentative Demokratie muss um neues Vertrauen werben. Dafür kann mehr Transparenz einen wichtigen Beitrag liefern. Einerseits im Sinne von Instrumenten wie einem legislativen Fußabdruck und engen Lobby-Regeln. Aber Transparenz sollte auch bedeuten, dass Politik deutlich macht, unter welchen Bedingungen und mit welchen Grenzen politisch gehandelt werden kann. Das kann auch helfen, Populismus den Boden zu entziehen.

2. Falschnachrichten entgegentreten

Daran setzt der konsequente Schutz des politischen Diskurses an. In einem Umfeld von Falschmeldungen und fragmentierter Öffentlichkeit, wird das konstruktive Ringen um beste politische Lösungen kaum gelingen. Wo immer es geht, muss Falschmeldungen aktiv entgegentreten werden. Durch Aufklärung in Form politischer Bildung, in öffentlich-rechtlichen und Qualitätsmedien, aber auch in dem geschlossene Diskursräume reguliert werden. Auch dafür gibt es in unsere Studie hohe Zustimmung.

3. Deskriptive Repräsentation verbessern

Studie belegen eindeutig: Es ist nicht egal wer über Gesetze entscheidet. Ein Parlament wird nie 1:1 ein Abbild der Bevölkerung geben können; wo wollte man die Grenzen ziehen? Aber klar ist auch: In Bezug auf die Vielfalt an Altersgruppen, Menschen unterschiedlicher Herkunft, Geschlecht und Berufe gibt in unseren Parlamenten viel Luft nach oben. Die Parteien sind hier zu allererst erfordert, aber der

Gesetzgeber sollte den Versuch nicht aufgeben, zumindest grundlegende Fragen wie die Geschlechterparität in den Parlamenten zu befördern.

4. Beteiligung jenseits von Wahlen

Unsere Studie zeigt deutlich: Eine große Mehrheit wünscht sich Beteiligung jenseits von Wahlen. Die Parteien sind dafür ein zentraler politischer Ort – grundgesetzlich geschützt. Aber auch darüber hinaus ist es geboten, neue Räume der politischen Debatte zu schaffen. Sei es in Form von Bürger_innenforen – dafür hat die Friedrich-Ebert-Stiftung für die Bundesebene einen Vorschlag vorgelegt – oder mit kommunalen Entwicklungsbeiräten. Wichtig ist, dass es sie gibt: Die Orte in denen konstruktiv um beste politische Lösungen gerungen wird und die ausstrahlen. Auch die Schule und der Betrieb können und sollten hier eine Vorbildfunktion einnehmen.

5. Gebot der Stunde: mehr Verteilungsgerechtigkeit

Das Wie, wie Entscheidungen gefällt werden ist wichtig – gerade in der Demokratie. Aber unsere Studie zeigt auch deutlich: es geht auch um das Was! Man kann es so zusammenfassen: Es scheint, dass viele Menschen mit dem Funktionieren der Demokratie unzufrieden sind, weil sie auch mit den Politikergebnissen unzufrieden.

Viele dürften den Eindruck haben, dass Politik in den letzten Jahrzehnten ihren Alltag nicht verbessert hat oder nicht ausreichend verbessert hat. Das ist was dran – muss man zugeben, wenn man etwa auf die Entwicklung der Ungleichheit in Deutschland blickt.

Es gibt Erfolge im Sinne einer Sozialen Demokratie – etwa die Einführung des Mindestlohnes von 12 Euro oder die Sicherung des Rentenniveaus. Aber besonders in der Finanz- und Steuerpolitik haben es progressive Ideen noch immer schwer. Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat für den Bereich der Erbschaftssteuer im Detail ausgearbeitet, wie dort eine andere Politik zu mehr Verteilungsgerechtigkeit führen konnte und sollte.

<https://www.fes.de/finanzpolitik>.

Auch hier mag man über das für uns wieder einzelne Vorschläge trefflich streiten. Aber eines muss klar sein: Wenn der Abstand zwischen Arm und Reich stetig wächst, die Chancen und Möglichkeiten des und der Einzelnen sich je nach Herkunft immer mehr verengen, ist das eine Verletzung des demokratischen Gesellschaftsvertrages. Demokratie ist Herrschaft der vielen, aber auch für die vielen.

Autorin/Autor

Alina Fuchs und **Jochen Dahm** leiten das Team Demokratie im Referat Demokratie, Gesellschaft und Innovation der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES).

Kontakt

E-Mail: alina.fuchs@fes.de

E-Mail: jochen.dahm@fes.de

www.fes.de/referat-demokratie-gesellschaft-innovation/

Website zur Studie: www.fes.de/studie-vertrauen-in-demokratie

Redaktion

Stiftung Mitarbeit

Redaktion eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft

Björn Götz-Lappe, Ulrich Rüttgers

Am Kurpark 6

53177 Bonn

E-Mail: newsletter@wegweiser-buergergesellschaft.de